

Kommunalbefragung 2026

– Datenschutzerklärung –

Prof. Dr. Andreas Blätte

Vorwort

Mit Ihrer Teilnahme an der Befragung zu Bedrohungslagen und Resilienzfaktoren stellen Sie für unsere Forschung wichtige personenbezogene Informationen zur Verfügung. Aus Ihrem Vertrauen in unsere Arbeit folgt für uns eine Verpflichtung, Ihre Daten mit der größtmöglichen Sorgfalt zu behandeln. Entsprechend der Durchführung der Befragung an der Universität Duisburg-Essen als nordrhein-westfälischer Universität gilt als gesetzliche Grundlagen für den Schutz Ihrer persönlichen Daten neben der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW).

In dieser Datenschutzerklärung erhalten Sie die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen, wie die von Ihnen in der Befragung gemachten Angaben nach den Regeln des Datenschutzes und den darin formulierten Grundsätzen für die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DSGVO) gespeichert und verarbeitet werden.

Verantwortlichkeiten

- Die Verantwortung für die operative Datenerhebung und -verarbeitung liegt bei Prof. Dr. Andreas Blätte, Professur für Public Policy und Landespolitik an der Universität Duisburg-Essen.
- Verantwortlich im Sinne der DSGVO und anderer Datenschutzgesetze sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die Universität Duisburg-Essen. Die Universität Duisburg-Essen wird vertreten durch ihre Rektorin Prof. Dr. Barbara Albert.
- Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Universität Duisburg-Essen ist Dr. Kai-Uwe Loser.

Die Kontaktinformationen der hier genannten verantwortlichen Personen können Sie dem Anhang zu dieser Datenschutzerklärung entnehmen.

Zweck der Studie

Die als Online-Umfrage durchgeführte Kommunalbefragung 2026 ist eine empirische Datengrundlage einer Studie über politische Repräsentation in Bedrohungslagen. Ziel ist die Situation der Kommunalpolitik unter Bedingungen gesellschaftlicher Polarisierung zu erfassen, um aktuelle Erkenntnisse über Anforderungen und Bedarfe zur Resilienzförderung in städtischen und ländlich geprägten Kommunen zu vermitteln. Dieses Erkenntnisinteresse ist verknüpft mit dem Ziel einer Erfassung der (bedrohten) Repräsentation unterschiedlicher Gruppen und den verschiedenen Interessen in der kommunalen Demokratie. Durch eine Verknüpfung der Umfragedaten mit Strukturdaten der Kommunen werden systematische wissenschaftliche Analysen möglich.

Die Themen der Befragung sind:

- Schwerpunkte der Mandatsausübung;
- Erfahrungen und Konsequenzen von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen;
- Umgangsstrategien und Bedürfnisse zur Stärkung der Widerstandskraft;
- Subjektive Wahrnehmung der eigenen repräsentativen Rolle;
- Angaben zur Person (u. a. Migrationsbiographie, Geschlecht, Schichtzugehörigkeit).

Die Befragung richtet sich an alle kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen in ca. 300 deutschen Kommunen. Die Auswahl der Kommunen erfolgte mittels einer fallauswahlbasierten Stichprobenziehung. Das Ziel der Befragung ist eine Vollerhebung.

Förderung

Die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalbefragung findet im Kontext des Forschungsprojekts „Repräsentation in Bedrohungslagen. Lokale Amts- und Mandatsträger*innen zwischen Exit und Voice“ statt. Das Projekt ist Teil des Forschungsverbunds „Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie“ (PoMigDem), das für die Laufzeit vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027 vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird (Förderkennzeichen: 3925405INZ).

Freiwilligkeit der Teilnahme

Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig (vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO i.v.m. § 17 DSG NRW). Sie gehen mit Ihrer Teilnahme keine Verpflichtung ein. Sie können jederzeit einzelne Fragen überspringen. Es besteht durchgängig die Antwortmöglichkeit „keine Antwort“. Die Beendigung bzw. das Abbrechen der Teilnahme ist jederzeit möglich und ist mit keinen Nachteilen verbunden. Sie können auch nach Ihrer Teilnahme an der Befragung Ihre Einwilligung widerrufen.

Herkunft Ihrer persönlichen Kontaktinformationen

Für die Kontaktaufnahme zur Durchführung der Online-Umfrage nutzen wir personenbezogene Informationen (Name, Geschlecht, E-Mailadressen, ggf. weitere Kontaktdaten, Parteizugehörigkeit), die über öffentliche zugängliche Quellen auffindbar sind. Dabei handelt es sich insbesondere um die Webseiten der Kommunen und lokaler Parteigliederungen. Im Einzelfall werden auch frei zugängliche persönliche Webseiten herangezogen, sofern diese im direkten Zusammenhang des politischen Engagements stehen.

Die Kontaktierung erfolgt auf Basis von Art. 6 (1) f DSGVO auf Grund des berechtigten Interesses an der Durchführung einer im öffentlichen Interesse liegenden Befragung kommunaler Mandats- und Funktionsträger*innen.

Aggregierte Auswertungen, die keine Rückschlüsse auf einzelne Personen ermöglichen, sind die empirische Grundlage wissenschaftlicher Analysen. Diese werden nach wissenschaftlichen Maßstäben in Publikationen innerhalb wissenschaftlicher Fachorgane veröffentlicht. Öffentliche Informationen zu Amt, Funktion und Parteizugehörigkeit können im Zuge der Auswertung mit den Umfragedaten zusammengeführt werden. Eine Verknüpfung oder Speicherung personenbezogener Kontaktdaten (z. B. Name, E-Mail-Adresse) erfolgt hierbei nicht. Diese Kontaktinformationen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht, insofern Sie nicht einer erneuten Kontaktierung im Rahmen einer Wiederholungsbefragung zustimmen.

Datenzugang und Ausschluss von Re-Identifikation

Die Durchführung der Studie erfolgt an der Professur für Landespolitik und Public Policy unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Blätte sowie in konzeptioneller Ausführung durch Laura Dinnebier. Dem Projektteam gehören auch Dr. Merve Schmitz-Vardar (ebenfalls Universität Duisburg-Essen) sowie Prof. Dr. Nihad El-Kayed und Leoni Meyer (Universität Münster) an.

Zur Durchführung der Studie sind an der projektleitenden Professur von Prof. Dr. Andreas Blätte darüber hinaus vier studentische Mitarbeiter*innen angestellt. Wir stellen das Team auf einer Projektseite der NRW School of Governance vor. Das Projektteam hat Zugriff auf die Datenbank mit Kontaktinformationen. Dies ist erforderlich, um Erinnerungen zur Teilnahme an der Befragung realisieren zu können. Über das Projektteam hinaus erhalten keine weiteren Personen Zugriff auf die Kontaktdaten.

Ihre Angaben aus der Umfrage werden ohne direkte Identifikatoren gespeichert (Pseudonymisierung). Der Schutzwürdigkeit Ihrer Angaben entsprechend werden die Umfragedaten ausschließlich für die eingangs genannten Forschungszwecke genutzt. Eine kommerzielle Nutzung ist ausgeschlossen. Zu keinem Zeitpunkt erhalten Nutzende die Befragungsdaten mit Klarnamen. Die Arbeit mit den Daten setzt den Abschluss einer verbindlichen Nutzungsvereinbarung voraus. Nutzenden ist die Re-

Identifikation von Personen über Merkmalskombinationen im Datensatz ausdrücklich untersagt. Die Nutzenden sind verpflichtet, keine Ergebnisse zu veröffentlichen, die bei der Präsentation bzw. Veröffentlichung der Forschung Rückschlüsse auf einzelne Befragungsteilnehmer*innen zulassen. Dies gilt auch für Aggregatdatensätze, die durch eine Verknüpfung aggregierter Umfragedaten mit Strukturdaten zu den Kommunen entstehen.

Sensibilisierung der Mitarbeitenden

Nur mit informierten und achtsamen Mitarbeitenden können Sicherheitsmaßnahmen wirksam umgesetzt und eventuelle Sicherheitsvorfälle rechtzeitig erkannt werden. Alle Mitglieder des Projektteams wurden vor Beginn der Befragung für datenschutzrechtliche Inhalte geschult. Es finden auch während der Umfrage-Phase regelmäßig Treffen mit den Mitarbeitenden statt, um datenschutzrechtliche Risiken zu besprechen. Alle Mitarbeitenden im Projektteam arbeiten weisungsgebunden mit den Daten des Projekts und verpflichten sich zur Beachtung des Datenschutzes.

Die Nutzung einer Funktionsmailadresse der Universität Duisburg-Essen für die Kommunikation mit Befragten gewährleistet, dass in der direkten Kommunikation enthaltene personenbezogene Informationen (Name, Geschlecht, E-Mailadresse, weitere Kontaktinformationen) nicht in den persönlichen E-Mail-Postfächern der Mitarbeitenden aufzufinden sind.

Beschreibung technisch-organisatorischer Maßnahmen

Operativ und konzeptionell ist die Arbeitsgruppe der Professur für Public Policy und Landespolitik für die Umfrage verantwortlich. In der Vorbereitungsphase der Umfrage und vor der Schulung der Mitarbeitenden wurden Gespräche mit dem Datenschutzbeauftragten der Universität Duisburg-Essen geführt.

Im Rahmen der Phase der Datenerhebung werden keine externen Befragungsdienstleister beauftragt. Für die Durchführung der Befragung wird auf das Umfragetool LimeSurvey zurückgegriffen. LimeSurvey ist ein Werkzeug zur Erstellung von webbasierten Umfragen, für das die Universität Duisburg-Essen einen eigenen Server verfügt. Datenschutzhinweise des LimeSurvey finden Sie unter: <https://www.limesurvey.org/de/datenschutzhinweise>.

Umgang mit den Daten und Löschung der Daten

Für den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten und den Angaben, die Sie bei den Befragungen gemacht haben, bedeutet dies konkret:

- Die in der Befragung erhobenen Umfragedaten werden an der Universität Duisburg-Essen getrennt von Ihren Kontaktdaten (Name, Adresse, E-Mailadresse) gespeichert. Ihr Name und Ihre E-Mail werden nur für die Einladung zur Teilnahme an der Befragung verwendet und für Erinnerungen zur Teilnahme genutzt.
- Ihre Kontaktdaten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt.
- Die Umfragedaten werden verschlüsselt gespeichert und enthalten keine Klarnamen. Ergebnisse werden ausschließlich in anonymisierter Form dargestellt: Niemand kann aus den Ergebnissen erkennen, von welcher Person die Angaben gemacht worden sind.

Ihre Rechte

Im Hinblick auf Ihre personenbezogenen Daten können grundsätzlich die folgenden Rechte geltend gemacht werden:

- Auskunftsrecht
- Recht auf Berichtigung
- Recht auf Löschung
- Recht auf Widerspruch
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit
- Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde

Soweit eine Teilnahme oder weitere Ansprache nicht gewünscht sein sollte, können Sie der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen. Außerdem haben Sie ein Beschwerderecht bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde. Wir empfehlen allerdings, sich zuvor an unseren Datenschutzbeauftragten zu wenden. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <https://www.uni-due.de/de/datenschutz.php>.

Wir danken Ihnen für Ihr Mitwirken und Ihr Vertrauen in unsere Arbeit!

Anhang: Verantwortlichkeiten und Ansprechpartner

Datenschutzbeauftragter der Universität Duisburg-Essen

Dr. Kai-Uwe Loser
Der Datenschutzbeauftragte der Universität Duisburg-Essen
Stichwort: Kommunalbefragung
Forsthausweg 2, 47057 Duisburg
E-Mail: kai-uwe.loser@uni-due.de

Verantwortlichkeit im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Universität Duisburg-Essen
Campus Duisburg
Forsthausweg 2, 47057 Duisburg
Tel.: +49 203 379 – 0
Fax.: +49 203 379 – 3333
Website: www.uni-due.de

Diese Verantwortlichkeit umfasst auch die Verantwortlichkeiten aus sonstigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Die Universität Duisburg-Essen wird vertreten durch ihre Rektorin:

Prof. Dr. Barabara Albert
Tel.: +49 203 379 – 0
E-Mail: rektorin@uni-duisburg-essen.de
Website: www.uni-due.de/de/rektorat/rektorin

Operative Datenerhebung und -verarbeitung

Prof. Dr. Andreas Blätte
Professur für Public Policy und Landespolitik
Universität Duisburg-Essen
Lotharstraße 53, 47057 Duisburg
E-Mail: kommunalbefragung@uni-due.de